



Ein einheitlicher wohlfahrtsorientierter CO₂-Preis setzt einen klaren Betrag für effizienten Klimaschutz frei, ermöglicht den Abbau kostspieliger Regulierungen und Subventionen und schafft zugleich die finanziellen Voraussetzungen für den Aufbau einer stärkeren Armee.

DOMINIC NAHR / NZZ

Armee finanzieren und Klima schützen – das geht

Dank einer effizienten CO₂-Bepreisung könnte der Ausbau der Armee gesichert und gleichzeitig eine Umstellung der Klimapolitik auf echte Nachhaltigkeit erreicht werden.
Gastkommentar von Reiner Eichenberger und David Stadelmann

Die Schweizer Landesverteidigung muss dringend gestärkt werden. Der Bundesrat will dafür die Mehrwertsteuer um 0,5 Prozentpunkte erhöhen. Doch der Widerstand dagegen ist gross. Zu Recht! Denn angesichts des starken Staatswachstums und der negativen Anreizwirkungen hoher Steuern sind weitere Steuererhöhungen sehr schädlich. Wir schlagen vor, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen, sondern um 0,7 Prozentpunkte zu senken – und die Armee dennoch im vom Bundesrat anvisierten Ausmass zu stärken. Möglich macht dies eine Umstellung der Klimapolitik auf echte Nachhaltigkeit.

Unwirksames Vorgehen

Nachhaltigkeit bedeutet eine kontinuierliche und robuste Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt, ohne zukünftige Generationen unangemessen zu belasten. In der Politik wird Nachhaltigkeit jedoch zu eng verstanden: Sie wurde faktisch auf Klimapolitik reduziert – also auf eine Unterabteilung der Unterabteilung Umwelt. Dies brachte eine Klima- und Energiepolitik, die rücksichtslos gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Stabilität ist und insofern als anti-nachhaltig bezeichnet werden muss.

Die Wohlfahrtskosten der aktuellen Klimapolitik sind hoch und dürften die ohnehin unsicheren Kosten des Klimawandels realistisch betrachtet stark übersteigen. So hätten nach den Schätzungen von William Nordhaus, der für seine Modellierungen der Kosten von Klimawandel und -politik mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, zur Erreichung des Pariser 1,5-Grad-Klimaziels pro reduzierter Tonne CO₂-Emissionen bis zu 3500 Dollar aufgewendet werden müssen. Das entspricht 1540 Dollar pro Fass Öl oder dem 17-Fachen des heutigen Preises (90 Dollar).

Nicht nur das 1,5-Grad-Ziel ist extrem teuer. Klar war immer, dass auch die Kosten anderer Klimaziele

Die Chance, dass die aufopfernde Klimapolitik der EU weltweit Schule macht, tendiert auch angesichts zunehmender geopolitischer Spannungen gegen null.

wie Netto-Null hoch sind. Der Nutzen von Klimaschutz hingegen ist höchst unsicher, weil er davon abhängt, dass die meisten Länder mitmachen, alternative Energiequellen und Übertragungsnetze schnell billiger werden und selbst kaum Umweltschäden verursachen und es keine günstigen Anpassungsmöglichkeiten an höhere Temperaturen gibt.

So wird das Pariser Klimaabkommen von 2015 von vielen realistisch denkenden Beobachtern inzwischen als gescheitert betrachtet. Die weltweiten Emissionen sind in den letzten zehn Jahren weiter gestiegen, obwohl das Übereinkommen von einer überwältigenden Zahl von Staaten unterzeichnet worden ist, aber oft nichts umgesetzt wird. Der klimapolitische Alleingang der Schweiz und der EU ist mit Blick auf das Weltklima nicht nur unwirksam, sondern wird noch viel teurer als erwartet. Denn ohne breite internationale Beteiligung verläuft der technologische Fortschritt langsam, und Skaleneffekte bleiben aus.

Die Chance, dass die aufopfernde Klimapolitik der EU weltweit Schule macht, tendiert auch angesichts steigender geopolitischer Spannungen gegen null. Zugleich spielt jede europäische Zurückhaltung beim Verbrauch fossiler Ressourcen dem geopolitischen Konkurrenten China vielfach in die Hände: als Konsument fossiler Energie, die wegen der europäischen Dekarbonisierung und damit verbundener De-industrialisierung relativ günstiger wird, als Lieferant von Solar- und Windkraftanlagen, Batterien und möglicherweise bald auch als Lieferant von Kernkraftwerken. Denn nur mit Flatterstrom funktionieren die Netze wohl nie.

Wir brauchen also nicht nur bessere Bedingungen für eine wirksame und bezahlbare Verteidigung, sondern auch für einen ebensolchen Klimaschutz – und dies bei sinkender Steuerlast. Das klingt unerreichbar, ist aber möglich. Die Lösung lautet: weg von starren CO₂-Mengenzielen, hin zu einem einheitlichen wohlfahrtsorientierten CO₂-Preis. Das Vorgehen ist wie folgt:

■ **Erstens wird die Klimapolitik von Mengenzielen und Regulierung auf Preisziele umgestellt.** Statt fixe Emissionsziele durch immer neue Regulierungen, Verbote und Subventionen zu erzwingen zu versuchen, sollte die Schweiz einen angemessenen, ausnahmslosen CO₂-Preis festlegen. Schätzungen für einen optimalen weltweiten CO₂-Preis in den nächsten zehn Jahren liegen bei 60 bis 120 Dollar pro Tonne. Wir schlagen deshalb vor, dass die Schweiz einen CO₂-Preis von 100 Franken pro Tonne erhebt. Bei heutigen Emissionen von rund 40 Millionen Tonnen ergäbe dies Einnahmen von etwa vier Milliarden Franken pro Jahr. Das entspricht rund 1,2 Mehrwertsteuer-Prozentpunkten.

■ **Zweitens werden die Einnahmen aus dem CO₂-Preis an die Bevölkerung zurückgegeben – idealerweise über eine Senkung der Mehrwertsteuer, weil sonst der CO₂-Preis den Konsum und damit die Leistung belastet.** Mit einem einheitlichen Preis haben alle die richtigen Anreize. Klimapolitik würde dadurch einfacher, günstiger und wirksamer: Wer CO₂ verursacht, zahlt, wer CO₂ vermeidet, spart.

■ **Drittens werden Subventionen für Alternativen und Energiesparmassnahmen aufgehoben und teure klimapolitische Regulierungen abgebaut.** Der CO₂-Preis dient bereits dem Klimaschutz: Er lenkt das Verhalten von Bürgern und Unternehmen effizient, ohne dass der Staat zusätzlich einzelne Technologien, Branchen oder Verhaltensweisen privilegieren muss. Der Abbau von Regulierungen setzt weitere Ressourcen frei.

Damit entsteht Spielraum für die Finanzierung der Armee. Der Bundesrat veranschlagt dafür eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,5 Prozentpunkte. Unser Vorschlag ermöglicht einen einfachen Tausch: Der CO₂-Preis erlaubt zunächst eine Senkung der Mehrwertsteuer um 1,2 Prozentpunkte. Zur Finanzierung der Armee wird die Mehrwertsteuer dann um 0,5 Prozentpunkte angehoben. Unter dem Strich wird die Mehrwertsteuer also um 0,7 Prozentpunkte gesenkt. Durch den Abbau von Regulierungen im Klimabereich ergibt sich ein Wachstumsschub mit mehr Wohlstand, Lebensqualität und weiteren Finanzmitteln für öffentliche Leistungen bei gleichzeitig tieferem Steuerniveau.

Win-win-win-Situation

Entscheidend ist, dass die CO₂-Abgabe befristet wird, zum Beispiel auf zehn Jahre, bis die Nachrüstung der Armee abgeschlossen ist. Denn wenn trotz zahlreichen internationalen Bemühungen weiterhin kein wirksamer weltweiter Klimaschutz zustande kommt oder an Bedeutung verliert, ist ein schweizerischer CO₂-Preis auf Dauer weder zielführend noch wohlfahrtsfördernd. Nach zehn Jahren muss deshalb neu evaluiert werden, ob und in welcher Form der CO₂-Preis und damit die schweizerische Klimapolitik fortgeführt werden soll.

Bis dahin dient der CO₂-Preis einem doppelten Zweck: Er setzt einen klaren Preis für effizienten Klimaschutz, ermöglicht den Abbau kostspieliger Regulierungen und Subventionen und schafft zugleich die finanziellen Voraussetzungen für den Aufbau einer stärkeren Armee. Dieser Vorschlag kennt dank der gesicherten Finanzierung der Armee, der Steuersenkung (die die vom Nationalrat anvisierte Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung der 13. AHV kompensieren könnte) sowie dem mit der effizienten CO₂-Bepreisung einhergehenden Abbau von Subventionen und Regulierungen fast nur Gewinner.

Die Verlierer sind jene, die von den Subventionen und Regulierungen der bisherigen Klimapolitik profitieren. Gewinner hingegen sind die Bürger, die Wirtschaft, die zukünftigen Generationen, die Umwelt – sowie die Verteidigung und Sicherheit. Der Vorschlag verbindet eine realistische und bezahlbare Klimapolitik mit einer glaubwürdigen Stärkung der Landesverteidigung.

Eine solche Politik hätte sogar Chancen, international Schule zu machen. Gerade weil sie nicht auf Verbote, Regulierungen und Subventionen setzt, sondern auf einen klaren Preis und eine gleichzeitige Entlastung der Bürger. Sie wäre auch für andere Länder attraktiv, so dass es kein Schweizer Alleingang bleiben müsste. Dann könnte sogar die Evaluation nach zehn Jahren positiv ausfallen und der CO₂-Preis längerfristig etabliert werden. Weitere Steuersenkungen würden möglich, sobald das Geld für die Nachrüstung der Armee nicht mehr benötigt wird.

Natürlich ist zu erwarten, dass sowohl die Profiteure als auch die Verfechter der bisherigen, gescheiterten Klimapolitik einen CO₂-Preis von 100 Franken pro Tonne als zu tief kritisieren werden. Kein Problem: Das Modell funktioniert auch mit weit höheren CO₂-Preisen perfekt. Dann ist einfach das Abgabenaufkommen höher und damit die Mehrwertsteuersenkung grösser.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Ü. und Forschungsdirektor von Crema. David Stadelmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth sowie Fellow bei Crema und Senior Fellow beim Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität Luzern.